

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Arnold Schmitt (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Parkplätze an Landesstraßen

Die **Kleine Anfrage 2138** vom 17. April 2009 hat folgenden Wortlaut:

In der Kleinen Anfrage 1307 (Drucksache 15/2095) hat die Landesregierung angekündigt, dass der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) durch die Schließung von Parkplätzen eine Kosteneinsparung in Höhe von jährlich rd. 183 000 Euro anstrebe. Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Parkplätze wurden aufgrund dieser Maßnahme im letzten Jahr geschlossen und konnte damit eine Einsparung um 183 000 Euro erreicht werden?
2. Welche Parkplätze plant der LBM in 2009 und darüber hinaus weiter zu schließen und werden damit die angekündigten Einsparungen von jährlich rd. 183 000 Euro erreicht?
3. Welche Folgen insbesondere auf die illegale Müllablagerung (Verlagerung in andere Bereiche) konnten im vergangenen Jahr durch die Schließung der Parkplätze festgestellt werden?
4. Welche Kosten sind Kommunen für die Entsorgung von illegalen Abfällen im Randbereich von Parkplätzen an Landesstraßen entstanden?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Mai 2009 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Mit dem Ziel, die finanziellen Aufwendungen für die Unterhaltung von verkehrlich oder touristisch kaum genutzten Parkplätzen an Landesstraßen zu verringern, wurden im Rahmen eines Kostensenkungsprojektes 56 Parkplätze an Landesstraßen geschlossen.

- Hiervon waren bis zum Jahresende 2008 landesweit 52 Parkplätze betroffen, von denen ein Teil erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 geschlossen wurde. Daher können die tatsächlichen Einsparungen derzeit noch nicht abschließend beziffert werden.
- Die Schließung der noch verbliebenen vier Parkplätze erfolgte in 2009.

Darüber hinaus sind keine weiteren Schließungen vorgesehen.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die erwarteten jährlichen Einsparungen von 183 000 € ab 2010 in voller Höhe erreicht werden können.

Zu Frage 3:

Nach der Schließung der Parkplätze sind keine Verlagerungen von illegalen Müllablagerungen in andere Bereiche festgestellt worden.

Zu Frage 4:

Eine Aussage zum Anfall von illegalem Müll und damit einhergehenden möglichen Folgen für die kommunalen Entsorgungskörperschaften ist mit einem vertretbaren Aufwand nicht möglich, da hierzu keine kontinuierlichen Daten erhoben werden.

Hendrik Hering
Staatsminister

